

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen: A
Für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 A
für Veranlagungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Und weiter.

Die vierzehn Punkte Wilsons für Herbeiführung eines gerechten Weltfriedens haben sich als recht unsichere Brücke erwiesen. Seine Antwort auf die zweite deutsche Note ließ deutlich erkennen, daß er Einflüssen seiner europäischen Verbündeten zugänglich gewesen ist, denen nicht der möglichst baldige Frieden am sich als dringendstes Ziel gilt, sondern die volle militärische und politisch-wirtschaftliche Unterwerfung Deutschlands. Das geht nicht nur deutlich aus den neuesten Reden englischer und französischer Imperialistenführer, die in den Regierungen ihrer Länder sitzen, hervor, sondern auch aus der Beantwortung der Frage Deutschlands nach einem Waffenstillstand. Wilson erwiderte, daß sei nicht seine Sache, darüber hätten vielmehr lediglich die Heerführer seiner europäischen Alliierten allein zu entscheiden. Wenn die neue deutsche Antwort ihn nun aufgefordert hat, die Gelegenheit zu schaffen, daß die Ententeheerführer mit den deutschen sich begegnen, um über die Einzelheiten der Räumung und des Waffenstillstandes Vereinbarungen zu treffen, so wird sich zeigen, wie und was er darauf antwortet. Weicht er wiederum aus, und beharrt er bei der Maserade, als ob diese Angelegenheit ihn nichts angehe, so werden wir endgültig wissen, was die Glöde geschlagen hat. Daß Deutschland nicht die besetzten Gebiete räumen darf, ohne vorher die Bedingungen des Waffenstillstandes zu kennen, leuchtet ein, weil sonst alles Mögliche gefordert werden könnte, was dann unbesehen angenommen werden müßte. Die Forderungen brauchten sich ja nicht auf militärische Sicherstellungen zu beschränken. Es könnte beispielsweise auch verlangt werden, Deutschland habe so und so viele Zehntausende an Schlachtvieh zu liefern oder Brotgetreide, und es habe feindliche Besatzungen in bestimmten innerhalb Deutschlands liegenden Festungen und andern Städten aufzunehmen. Also wissen müssen wir, was an Bedingungen für Eintritt des Waffenstillstandes gefordert wird, erst dann kann entschieden werden, ob darauf eingegangen werden kann oder nicht.

Auch die Entente möchte zweifellos den Krieg noch vor Beginn der Einwinterung, die große militärische Aktionen bis zur Unmöglichkeit erschwert, zum Abschluß bringen. Das geht hervor aus ihren krampfhaften Anstrengungen, unter Aufbietung ihres ganzen Uebergewichts an Menschen und Materialien die Offensive fortzusetzen und eine Durchbrechung der deutschen Westfront herbeizuführen, während ihr, wenn sie bis zum Frühjahr wartete, noch drei bis vier Millionen Italiener und Amerikaner zur Seite ständen. Natürlich könnte ihr nichts Angenehmeres passieren, als daß Deutschland widerspruchslos seine Truppen bis hinter die eigenen Grenzen zurückjage, ohne daß sie, die Entente, sich irgendwie zu binden brauchte und selbst den ausschweifendsten Siegerabsichten freien Lauf lassen könnte. Sie würde damit vor allem der heißen Verantwortung dafür entgehen, daß beim schrittweisen Zurückweichen der deutschen Heere aus Nordfrankreich und Belgien auch diese Gebiete durch schonungslose Kampfhandlungen und zerstörende Beschießungen aus Ententekanonnen verwüstet werden. Die Gegner wissen, daß Deutschland zwar den Krieg verloren hat, aber noch nicht am Ende seiner militärischen Widerstandskraft steht. Ein Volk von 67 Millionen, nachdem es das Friedensprogramm Wilsons angenommen hat und bereit ist, harte Bedingungen einzugehen, nachdem es ferner im Innern alle die Reformen durchgeführt beziehungsweise angebahnt hat, die von den Gegnern als Voraussetzung für einen Friedensschluß aufgestellt worden waren, ergibt sich nur dann auf Gnade und Ungnade, wenn die Widerstandskraft bis auf den letzten Rest gebrochen ist. Das deutsche Volk weiß, daß seine bedingungslose Unterwerfung unter die Vernichtungspläne der feindlichen Imperialisten und Kapitalisten eine erbarmungslose Zukunft brächte. Die Gegner waren mit Mißtrauen erfüllt gegen die Unaufrichtigkeit der deutschen Politik. Es muß zugegeben werden, daß das Mißtrauen nicht unbegründet war, wie auch

das Mißtrauen Deutschlands gegen die Ehrlichkeit der Ententepolitik voll begründet ist. Deutschland hat jedoch durch weitreichende Verfassungsänderungen die Gewähr geboten, daß das Mißtrauen in die neue Reichsleitung nicht mehr berechtigt wäre. Die geänderte Bestimmung, daß Kriegserklärung und Friedensschluß in Zukunft in die Hände der deutschen Volksvertretung gelegt sind, ist sogar derart, daß kein zweites Land der Erde, auch die Republiken Frankreich und Nordamerika nicht, so weitreichende demokratische Sicherungen besitzen. Was will man also noch von uns? Wird jetzt die deutsche Friedenshand nicht angenommen, so gehen die Gegner eben darauf hinaus, unser Volk auf absehbare Zeiten hinaus wirtschaftlich völlig zu entkräften. Gegen diese Zumutung wehrt sich selbstverständlich jedes Einzelwesen sowie jedes Volk so lange, als es noch einen Arm zur Verteidigung rühren kann.

Es ist bezeichnend, daß jetzt, wo schwerste Gefahren in unmittelbarer Nähe gerückt sind, wo wirklich die Existenz des deutschen Volkes und seine erträgliche Zukunft auf dem Spiele stehen, auch in Arbeiterkreisen die Stimmen verstummt sind, die bisher in berechtigtem Zorn über erbärmliche Zustände in der Ernährung und den politischen Verhältnissen mißmütig meinten, es sei ganz gleichgültig, ob wir unter fremdländische Oberhoheit gerieten. Es ist eben nicht gleich, ob wir Herren unseres eigenen Geschicks sind, oder ob unser Volk außer den eigenen schweren Lasten auch noch fremde Bürden auf die Schultern nehmen muß. Um unserer selbst willen wie für unsere Nachkommen müssen wir das Schlimmste abzuwehren suchen, solange das möglich ist. Und da der erste, verhängnisvolle Schritt zur dauernden, mitleidlosen Knechtung darin bestände, jetzt die Räumung vorzunehmen, ohne vorher die Bedingungen des Waffenstillstandes zu kennen, so müssen uns dieselben vor der Räumung bekanntgegeben und unserer Entscheidung unterbreitet werden.

Wir werden viel Bitteres zu schlucken bereit sein; aber nicht alles. Bitteres schon um deswillen nicht, weil ja die angeblichen Waffenstillstandsbedingungen in Wahrheit uferlose Friedensbedingungen sein könnten. Oder hält man die Entente für so edelmütig, als daß sie außer Waffenlieferung, Auslieferung der Geschütze und Munitionsbestände auch noch die Übergabe aller Kriegs- und Handelschiffe verlangen könnten? Oder daß Helgoland von den Engländern besetzt und damit der Seeverkehr mit Hamburg zugesiegelt wird? Dann hätten wir einen Frieden, wie die englischen und französischen Chauvinisten ihn ersehnen, und Wilson könnte seine vierzehn Punkte eines gerechten und dauernden Völkervertrages einschließlich des Völkervertrages, der allen Gerechtigkeit und Freiheit bringen sollte, in den Glaschrank setzen bis zur nächsten Gelegenheit, wo er sie wieder als Schaustück aufmarschieren lassen könnte.

Doch komme es, wie es wolle. In einem dürfen wir nicht erlahmen: in der konsequentesten Durchführung der inneren Umwälzung, bis sie politisch zur vollen Demokratisierung geführt hat, die wirtschaftlich in der Sozialisierung endet. Auch um dieser Zukunft willen müssen wir aus dem Kriege zu retten suchen, was zu retten ist.

Gegen die Geldhamsterei!

In den letzten Wochen hat sich die aus der Anfangszeit dieses Krieges bekannte Erscheinung wiederholt, daß das Bargeld aus der Öffentlichkeit verschwindet. Handelte es sich damals um das Metallgeld, so kommt diesmal das an dessen Stelle herausgegebene Papiergeld in Betracht. Die vom Reich herausgegebenen Banknoten und Darlehnskassenscheine sollen der Zirkulation, dem Bedarf an Zahlungsmitteln dienen. Dieser Bedarf wird gegenwärtig auf 10 bis 11 Milliarden Mark geschätzt. Welche Mehranforderungen an den Geldumlauf gestellt werden, geht daraus hervor, daß in der Woche vom 24. bis 30. September 1918 der Banknotenumlauf der Reichsbank einen Mehrbedarf von rund 965 Millionen Mark erforderte. Für die entsprechenden Wochen von 1917 und 1916 werden die Zahlen auf 601,3 und 509,9 Millionen Mark angegeben. Bei der Ausgabe des Papiergeldes muß damit gerechnet werden, daß dasselbe wieder in den Umlauf gelangt, also seiner eigentlichen Bestimmung, als Zahlungsmittel zu

dienen, nicht entzogen wird. Mag der Arbeiter seinen Lohn in Nahrungsmittel, Kleidung, Mietzins und Steuern, der Gewerbetreibende seine Einkünfte in Rohstoffe, Löhne und Lebensbedürfnisse, der Händler seine Einnahmen in Waren, Transportspesen und Lebensaufwand, der Hausbesitzer seinen Zinserlös in Hypothekenzinsen, Reparaturzahlungen und Haushaltskosten umsetzen, und mögen alle diese Kreise etwas davon ersparen und auf Bankkonten oder in der Sparkasse anlegen, so kehrt ihr Geld auf allen diesen Wegen in den allgemeinen Umlauf zurück. Denn auch die Banken und Sparkassen häufen das Papiergeld nicht auf, sondern führen es auf diese oder jene Art dem allgemeinen Verkehr wieder zu. Bei normalem Geldumlauf müssen die für Auszahlungen benötigten Varmittel ungefähr den Eingängen entsprechen, und es kann sich höchstens um den Ersatz verlorengangener Zahlungsmittel sowie um die Schaffung eines Ausgleiches für gesteigerte Produktion oder Warenzirkulation handeln.

Seit zwei bis drei Wochen ist aber wieder ein Zustand eingetreten, wonach der Eingang von Zahlungsmitteln in bedenklich wachsendem Maße hinter dem Zahlungsbedarf zurückbleibt. Diese Erscheinung, die sich besonders auf die Industriebezirke erstreckt, kann durch erhöhte Lohnzahlung, Teuerung und dergleichen allein nicht mehr erklärt werden; denn das Konto läßt alle diese Voraussetzungen weiter hinter sich. Sie ist nur zu erklären durch die Annahme, daß ein großer Teil des Publikums — Arbeiter, Gewerbetreibende, Händler — ihr Geld möglichst vom Verkehr zurückhalten, es aufspeichern, also Geld hamstern. Die Gründe für ein solches Verhalten mögen verschiedener Natur sein: der eine mag diese Bank, der andere jene Sparkasse nicht mehr für sicher genug halten, ein dritter mag an Inflationsschmerz glauben und ein vierter gar schon das ganze Deutsche Reich zugrunde gerichtet sehen, weshalb sie es vorziehen, ihr Geld selbst zu verwahren, um nötigenfalls die erforderlichen Zahlungsmittel in der Hand zu haben. Sie alle verkennen aber den wahren Wert und die Aufgabe des Geldes, vor allem des Papiergeldes. Würden die Zustände wirklich eintreten, welche diese Vermögensbesitzer befürchten, würden Bank, Sparkasse, Gemeinde, Staat und Reich zahlungsunfähig werden, so hat das in ihrer Hand befindliche Papiergeld nicht mehr Wert als der Bankausweis oder das Sparbuch. Auch der größte Schatz an Papiergeld gibt ihnen dann nicht den notwendigen Lebensunterhalt. Eine Illusionation dazu gewähren die Zustände in Petersburg und Moskau, wo das Pfund Brot mit Hunderten von Rubelzeichen aufgewogen wird. Das Papiergeld wird entwertet, wenn die Nation nicht mit ihrer ganzen Wirtschaftskraft dahintersteht.

Aber die Geldhamsterei entwertet schon heute das Papiergeld; denn sie zwingt unmittelbar zur Ausgabe neuer Milliarden von Banknoten, ohne daß das Nationalvermögen dadurch eine Steigerung erfährt. Eine größere Menge von Geld, auf die gleiche Warenmenge bezogen, drückt den Wert des Geldes herab. Das Geld, das sich dem Verkehr entzieht, schädigt sich selbst. Und dabei bleibt es nicht; denn die allgemeine Geldentwertung führt zu weiteren Preissteigerungen auf allen Gebieten und ruft neuen Geldmangel, neue Geldermehrung hervor. Die Schraube ohne Ende würde das ganze Volk auspressen, wenn die Notenpresse überhaupt imstande wäre, diesen Anforderungen zu genügen. Das ist sie aber schon bisher nur mit den größten Anstrengungen gewesen, und sie versagt schon jetzt gegenüber den ins Riesenhafte geschwellten Anforderungen. Dies führt aber zu einer andern Gefahr, an die die Geldhamsterei wohl nicht gedacht haben mögen. Die Unmöglichkeit, dem wachsenden Geldbedarf zu genügen, bedingt Zahlungsstörungen, die sich unmittelbar in Wirtschaftssituationen umsetzen. Die Arbeiterbelegschaften, die am Jahrltag ihren Lohn nicht erhalten können, kommen nicht wieder zur Arbeit; der Kaufmann, der keine Zahlung erhält, liefert nicht mehr; der Kleinhändler erhält keinen Kredit mehr und bricht zusammen. Die Lebensmittelversorgung stockt, die Produktion wird stillgelegt, die Verdienstmöglichkeit sinkt, die Löhne sinken, während die Nahrungsmittelpreise rapid steigen. Darunter leidet das gesamte Wirtschaftsleben, in erster Linie diejenigen selbst, die durch ihre Hamsterei den Anstoß zu dieser rückläufigen Bewegung gaben.

Jeder Reichsangehörige weiß es längst im fünften Kriegsjahr, daß man sein Geld nicht daheim aufspeichern darf, sondern es den öffentlichen Kassen zuführen soll. Wenn eine private Bank nicht ausreichend sicher erscheint, der trage sein Geld zu einer der zahlreichen Reichsbankstellen oder Sparkassen. Für erstere gewährt die Reichsbank, für letztere gewähren die Gemeinden, Kreise, Provinzen oder Bundesstaaten jede Sicherheit, die unter solchen Verhältnissen überhaupt denkbar ist. Nur kleinlicher Eigennutz kann das Geld zurückhalten, den Blutstrom unseres Wirtschaftslebens unterbinden und die Schwierigkeiten, die das deutsche Volk in diesen Tagen zu überwinden hat, in verhängnisvoller Weise verschärfen.

An die deutsche Arbeiterchaft richten wir die dringende Aufforderung, sich eines solchen selbstschädigenden Verhaltens nicht schuldig zu machen. Jeder klare seine Mitarbeiter auf, zu welchen Folgen es führen muß, wenn die Geldhamsterei sich fortsetzt. Unsere Lage ist schon durch die Nahrungsmittelhamsterei genugsam verschlimmert worden. Die Geldhamsterei dürfen sich rühmen, den Sieg der Feinde, die auf den Zusammenbruch des deutschen Volkes rechnen, zu vervollständigen.

(Correspondenzblatt der Generalkommission.)

Reform des militärischen Beschwerderechts.

Auf den Soldaten vermag nichts niederdrückender einzuwirken, als das Bewußtsein der absoluten Rechtlosigkeit gegenüber den Vorgesetzten. Diese selber neigen wiederum um so leichter zu Uebergriffen, je mehr sie davon überzeugt sind, daß sie nicht zur Rechenschaft gezogen werden. War dieser Zustand schon im Frieden eine Quelle vielen Mergers, so ist er im Kriege geradezu unhaltbar geworden. Die militärische Strafrechtsliteratur steht auf dem Standpunkt, daß das Wohl und Wehe des Mannes am besten in den Händen seiner Vorgesetzten liegt, die in der Fürsorge für ihn förmlich aufgehen, so daß die Beschwerde nur ein Ausnahmefall sein kann und theoretisch genommen, stets eine Aufbäumung gegen die Disziplin bedeutet. So sagt Professor Dr. Maher in einer Abhandlung über das Beschwerderecht:

„Die Beschwerde enthält nämlich ganz regelmäßig eine Auflehnung gegen Maßnahmen des Vorgesetzten und gefährdet dadurch die Stellung des Befehlshabers; breitet sie sich aus, so steht sie das Subordinationsverhältnis in das Gegenteil um, die Kritik wird dann von denjenigen geübt, die in erster Linie verpflichtet sind, ihr Verhalten kritisieren zu lassen. Das Beschwerderecht ist daher ein notwendiges Übel, notwendig zur Bekämpfung des Unrechts, ein Übel, weil ihm eine leise Gefährdung der Disziplin eigentümlich ist. Durch die Erschwerung des Beschwerdeweges wird dafür gesorgt, daß allzu kritisch veranlagte Naturen sich bewußt bleiben, daß die militärische Beschwerde im Kampf ums Recht das äußerste Mittel ist. Die naheliegenden Einwände, ein Unrecht tuender Vorgesetzter verdiene keine Schonung, das Unrecht müsse um jeden Preis bekämpft werden, die Gefährdung der Autorität gehe nicht von der Beschwerde, sondern von ihrer Veranlassung aus, bringen unbestreitbare Wahrheiten an falschen Plätze vor. Offenbares Unrecht soll gewiß nicht geduldet werden; aber gerade die alltäglichen Vorkommnisse lassen dem Zweifel, wer sich unrichtig benommen hat, einen weiten Spielraum; und dann soll der Untergebene mehr dazu neigen, sich selbst die Schuld zuzurechnen. Außerdem darf nicht übersehen werden, daß die reguläre Bekämpfung des Unrechts von den höheren Vorgesetzten ausgehen soll; von oben, nicht von unten soll die Abhilfe kommen.“

Bemerkenswert ist von diesen Sätzen, daß der Nachsatz meist den Vorderatz wieder völlig aufhebt. Die Auffassung selber aber trifft auf ein Heer von Soldaten allenfalls zu, nicht aber auf ein modernes Heer, das seine Grundlage in der allgemeinen Wehrpflicht hat. Im bürgerlichen Leben gibt es keine Pflichten, denen nicht auch Rechte gegenüberstehen, im Heere aber bestehen für den Soldaten nur Pflichten, eine übertriebene Disziplin kennt keine Rechte. Bei dieser Auffassung der Dinge ist es kein Wunder, wenn das Beschwerderecht zu einem Messer wurde, an dem sich der verletzte, der davon Gebrauch machte. Der Unterschied zwischen einer berechtigten und unberechtigten Beschwerde ist begrifflich überhaupt nicht festgestellt, liegt vielmehr ganz im subjektiven Ermessen des Vorgesetzten. Galt er die Beschwerde für unbedeutend, dann wird der Beschwerdeführer bestraft, nach Verhängung der Strafe kann er sich bei einer höheren Stelle beschweren und wird — wieder bestraft. Dieser schon im Frieden ganz ungeheuerliche Zustand ist im Kriege, der das Heer auf eine weit breitere Basis gestellt hat, unverändert beibehalten worden. Die Masse der Vorgesetzten ist durch den Krieg nicht gerade zur Sorgfalt erzogen worden, und bei der Masse der Untergebenen ist die Nervosität gestiegen. Hier könnte nur ein vernünftig ausgearbeitetes Beschwerderecht ausgleichend wirken, ein Beschwerderecht, das den Beschwerdeführer nicht von vornherein mit Nachteilen bedrohen darf.

Von Beginn des Krieges an haben die Sozialdemokraten im Reichstag energisch eine Reform des Beschwerderechts gefordert, sie fanden dabei leider bei den anderen Parteien wenig oder gar keine Unterstützung, bei der Militärverwaltung natürlich glatte Ablehnung. Die Disziplin sollte nicht untergraben werden. Vielleicht denkt man heute darüber anders. Die Soldaten suchten und fanden einen Ausweg, sie wandten sich an Abgeordnete. Dieser Weg war etwas ungewöhnlich, aber er war aus der Not der Umstände geboten. Die militärischen Kommandostellen waren keineswegs erbaut davon, als ihnen die Beschwerden auf dem Umweg über das Kriegsministerium zugehen, und sie kamen auf Abhilfe. Nicht, daß man am System etwas geändert hätte; man erklärte den Soldaten einfach, der Abgeordnete sei keine militärische Beschwerdestelle, hier dort Beschwerden anbringen, verlasse damit den vorgeschriebenen Dienstweg und mache sich strafbar. Praktisch lief das auf ein Verbot des Verkehrs mit Abgeordneten hinaus, das freilich nicht sonderliche Beachtung fand, wie der immer steigende Strom von Beschwerden an Abgeordnete bewies.

Will man während des hoffentlich jetzt zu Ende gehenden Krieges eine grundlegende Reform des Beschwerderechts nicht vornehmen — wir allerdings halten es für sehr wohl möglich —, dann müssen auf andere Weise Erleichterungen geschaffen werden. Ein gangbarer Weg wäre, wenn man bei der Brigade oder bei der Division eine mit einem die Materie beherrschenden Zivilisten besetzte Beschwerdestelle errichten würde, an welche die Mannschaften ihre Beschwerden schriftlich einreichen könnten. Die Beschwerden wären den zuständigen Vorgesetzten der einzelnen Formationen mitzuteilen und, falls keine Abhilfe erfolgt, von der Division durch Befehl zu erledigen. Manchem Verehrer militärischen Postens werden sich bei diesem Vorschlag die Haare sträuben, ihm wird die Auflösung aller Bande militärischer Ordnung bedenklich nahegerückt scheinen; einmal eingeführt, wird aber diese Maßnahme geeignet sein, eine Menge Verbitterung zu beseitigen. Zu einer solchen Beschwerdestelle werden die

Mannschaften Zutrauen haben, und von dort aus werden sie sich gern und leicht belehren lassen, wenn sie einmal im Unrecht sein sollten. Hinzukommen müßte bei der Beschwerde die aufhebende Wirkung. Gewiß wird man einwenden, daß in bestimmten Fällen der Tat die Strafe auf dem Fuße folgen muß; aber zunächst sind es nur leichte Fälle, die disziplinar bestraft werden können, und dann beschwert sich der Soldat auch nicht, wenn er weiß, daß er gefehlt hat, sondern nur dann, wenn er die Empfindung hat, daß er zu Unrecht bestraft wurde. Die vorgeschlagene Beschwerdestelle hätte aber selbstredend die Aufgabe, Beschwerden jeder Art entgegenzunehmen, und es besteht kein Zweifel, die Beschwerden wegen Verhängung von Disziplinarstrafen würden verschwindend sein gegenüber den Beschwerden anderer Art. In einer Zeit, in der die ganze Welt fracht und zu bersten droht, kann das militäristische System auch auf diesem Gebiet nicht unangefastet bleiben.

Dienstbeschädigung als Folge von Freiheitsstrafen.

Der Krieg hat es mit sich gebracht, daß eine Menge Soldaten mit Freiheitsstrafen belegt worden sind. Diese Strafen werden zum Teil nicht in Gefängnissen, sondern in Strafteilungen vollstreckt. Wenn dabei die Gesundheit eines Gefangenen Schaden leidet, dann kann Dienstbeschädigung angenommen werden. Das Kriegsministerium hat dazu in einem Erlaß vom 11. April 1918 folgende Richtlinien festgestellt:

Die Dienstbeschädigungsfrage ist zu bejahen, wenn die betreffende Gesundheitsstörung erlitten ist

1. infolge einer als Strafe oder während der Verbüßung einer solchen ausgeführten militärischen Dienstverrichtung (Strafexerzieren, Strafwache usw., Appell, Exerzieren, Turnen usw.),
2. infolge der besonderen Eigenart einer militärischen Strafe (zum Beispiel mittlerer Arrest, strenger Arrest),
3. infolge unschuldiger verbüßter oder unbefristeter, vollstreckter Strafen,
4. infolge sonstiger bei der Strafverbüßung vorliegender, dem Militärdienst eigentümlicher Verhältnisse.

Gesundheitsstörungen, die lediglich durch eine Freiheitsstrafe herbeigeführt werden, deren Vollstreckung sich von der zivilen Strafvollstreckung nicht unterscheidet, können nicht als Dienstbeschädigung anerkannt werden.

Die Einstellung in eine Strafteilung bedeutet natürlich auf alle Fälle eine Art der Strafvollstreckung, die sich von der zivilen ganz wesentlich unterscheidet.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Feststellungen über den Mitgliederbestand in den Zahlstellen.

Der nächste Feststellungstermin ist **Sonnabend, den 26. Oktober.** Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Crump (Merseburg). Seit langem machte sich eine immer größere Unzufriedenheit unter den Kameraden der Bauhütte Crump der Kurzsächsischen Werke bemerkbar. Dieselbe war auf die zunehmende Teuerung zurückzuführen, worunter diejenigen mit doppeltem Haushalt ganz besonders zu leiden hatten. Hieron wurde die Direktion des Werkes in Kenntnis gesetzt, und da der Ausschuß versagte, fand am Mittwoch, 2. Oktober, eine Verhandlung statt, die aber ergebnislos verlief. Am Mittwoch, 16. Oktober, wurde abermals verhandelt, und es wurde folgendes Ergebnis erzielt: Der für die Bauhütte zuständige Vertrag, der bis Ende des Jahres läuft, wird bis zum 31. März 1919 verlängert. Zu der ab 1. Oktober dieses Jahres fälligen Lohn-erhöhung von 5 % werden noch 5 % nachgezahlt. Ab 1. Januar 1919 erfolgt abermals eine Zulage von 10 %, so daß alsdann der Stundenlohn M 1,35 beträgt. Für die Kameraden mit doppeltem Haushalt wird rückwirkend ab 1. Oktober 1918 eine Auslösung von M 2 für den Arbeits-tag gewährt. Derselbe Auslösung erhalten auch diejenigen, die in Halle a. d. S. ihren Wohnsitz haben und täglich nach Hause fahren. Auf der Baustelle werden circa 60 Kameraden beschäftigt. Diese immerhin nennenswerte materielle Verbesserung ist als ein schöner Erfolg der Organisation zu buchen. Er ist um so höher zu bewerten, da es in dem dortigen Kohlenbezirk außerordentlich schwer hält, Breche in das Lohnniveau der Grubenarbeiter zu schlagen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Chemnitz. Unsere Mitgliederversammlung am 24. September ehrte vor Eintritt in die Tagesordnung das Andenken des im Felde gefallenen Kameraden Emil Hohlstedt und des fern von der Heimat tödlich verunglückten Kameraden Hermann Gläßer. Besonders der letztere wird seines vorbildlichen Wirkens wegen bei den Kameraden in guter Erinnerung bleiben. Hieron wurde über den Abschluß unserer Lohnbewegung berichtet. Es sei, so führte der Berichterstatter, Kamerad Dorff, aus, nicht alles so glatt gegangen, viele Wünsche der Kameraden seien unerfüllt geblieben. Aber ein Erfolg sei doch erzielt, nämlich die zentralen Verhandlungen seien beschleunigt worden, und dadurch sei es andern Zahlstellen erspart geblieben, in Bewegungen einzutreten. Kamerad Friedel erstattete sodann den Bericht von der Gaukonferenz in Leipzig. Das Ergebnis der Verhandlungen habe bei den Delegierten zwar keine Befriedigung ausgelöst, aber sie hätten sich unter den obwaltenden Umständen damit abgefunden. Weiter machte Kamerad Friedel darauf aufmerksam, daß

der Reichstafel mit dem 31. März 1919 ablaufe. Damit das Erreichte auch erhalten bleibe, gelte es, treu zur Organisation zu stehen; denn nur bei größter Geschlossenheit werde es gelingen, den Bestrebungen der Unternehmer den erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen. Auch die Unorganisierten müßten sämtlich der Organisation zugeführt werden, und zwar müßten alle Kameraden dabei helfen. Die Versammelten schlossen sich ohne Diskussion den Ausführungen an. Die Regelung der Teuerungszulage für die Verbandsangehörigen wurde ebenfalls gutgeheißen. Nachdem die von der Gaukonferenz gefasste Entschliebung zum Ausbau des Unterstützungswezens verlesen war, wurde in der Debatte darüber zum Ausdruck gebracht, daß mit der Beitragserhöhung nicht zu hoch gegriffen werden möge, damit nicht Schwierigkeiten in der Agitation entständen. Auch dürfe bei dem Ausbau der Unterstützungsleistungen der Kampfescharakter unseres Verbandes nicht verloren gehen. Diese Bedenken möchten Zentralvorstand und Verbandsausschuß bei den künftigen Beratungen mit in Erwägung ziehen. Nach Erledigung von Verbandsangelegenheiten trat Schluß der Versammlung ein.

Deutsch-Wissa. Am 17. Oktober tagte unsere Mitgliederversammlung, die recht gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: Vortrag des Gauleiters Schmidt; Bericht von der Gaukonferenz in Breslau; Verbandsangelegenheiten. Der Vorsitzende gedachte bei Eröffnung der Versammlung der Kameraden, die im Krieg gefallen oder durch Ursache des Krieges gestorben sind; die Anwesenden ehrten sie in üblicher Weise. Der Gauleiter führte in seinem Vortrage aus, daß die Teuerungszulage nur von den Gesellen und ihren Vertretern erkämpft worden ist. Die Poliere stecken wohl die Zulage ein, denken aber gar nicht daran, daß auch sie in den Verband gehören. Es komme aber eine andere Zeit, wo mit den Leuten abzurechnen ist. Dann berichtete Kamerad Nudel über die Gaukonferenz. Einer Beitragserhöhung wurde zugestimmt, da es die Teuerung mit sich bringe. Die bevorstehende Generalversammlung würde das Weitere zu veranlassen haben. Die Beschlüßfassung über einen Winterbeitrag wurde vertagt, weil sich einige Kollegen gedrückt haben; deshalb wird ein höherer Lokalfonds erhoben werden. Es wurden noch zwei Kartelldelegierte gewählt. Im Schlußwort erwähnte der Vorsitzende die Anwesenden, sich recht zahlreich an den Versammlungen zu beteiligen.

Dresden und Umgegend. Am 11. Oktober tagte eine Mitgliederversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Bericht über die Festsetzung der Zuschläge für Auslösung und der Kilometergelder. Beschlüßfassung hierüber. Ueber die Verhandlungen mit den Arbeitgebern berichtete Kamerad Oehmichen, daß über die Auslösung mit dem Bezirksarbeitgeberbund für Sachsen verhandelt wurde; über die Höhe der Kilometergelder sei aber nur mit den Dresdner Arbeitgebern verhandelt worden. Nach längeren Verhandlungen wurde beschloffen, am 15. Oktober 1918 die Auslösungssätze für Verheiratete von M 1,75 auf M 3 und für Ledige von M 1 auf M 2 zu erhöhen, am 1. Januar 1919 nochmals auf M 3,50 und M 2,50. Die Zuschläge sollen als Kriegszuschläge gelten. Betreffs der Kilometergelder wurde von den Arbeitgebern vorgeschlagen, auf die bestehenden Sätze 60 % Kriegszuschlag zu bewilligen, was auch von unsern Vertretern angenommen wurde. Eine Verbesserung ist noch beschloffen, indem die Zahlung dieser Entschädigung bei 5 Kilometer Entfernung beginnt, nicht wie bisher erst bei 7 Kilometer. Kamerad Oehmichen schlug den Anwesenden vor, die Abmachungen anzuerkennen. In der Debatte kam zum Ausdruck, daß eine Zufriedenheit über die Höhe der Auslösung nicht vorhanden war. Kamerad Camenz gab noch bekannt, daß jetzt schon weit höhere Angebote vorliegen, als beschloffen wurde. Die Abtimmung ergab die Annahme der beschloffenen Abmachungen. Kamerad Oehmichen gab bekannt, daß in vielen Fällen die vereinbarten Zuschläge noch nicht voll gezahlt werden; er mußte aber leider auch feststellen, daß viele Kameraden die geforderte Antwort noch nicht eingekandt haben, wozu dieselben durch die Versammlung nochmals aufgefordert wurden.

Merseburg. Am 10. Oktober tagte unsere Quartals-Generalversammlung. Auf der Tagesordnung stand: Kassensbericht vom dritten Quartal. Vortrag über die gegnerischen Gewerkschaften, sonstige Verbandsangelegenheiten. Der Geschäftsleiter, Kamerad Gramann, erstattete den Kassensbericht. Die Einnahme für die Zentralkasse betrug M 3834,75, die Ausgabe, abzüglich der im ersten Quartal zumiel gesandten M 19,25, ebenfalls M 3834,75. Die Lokalkasse hatte (inklusive Bestand) eine Einnahme von M 4113,12, der eine Ausgabe von M 1730,22 gegenüberstand. In bar und angelegten Geldern schloß das Quartal mit M 2882,90 ab. Der Kassier, Kamerad Ephezer, bestätigte die Richtigkeit der Abrechnung und beantragte Entlastung des Kassierers, die auch einstimmig angenommen wurde. Dann referierte Kamerad Gramann über den Werdegang der deutschen Gewerkschaften; die christliche, die kirchlich-Dunkelsche und die nationalsozialistische Gewerkschaftsrichtung seien bürgerliche Gründungen. Sie bezwecken, die Arbeiter von der Vertretung wirklicher Volksinteressen abzulenken und ins Schlepptau der vertriebenen Parteien gegen die Partei der Arbeiter zu nehmen. Besonders die Zentrumsparthei habe das in großem Maße bisher verstanden; aber auch die sogenannten Liberalen und Freisinnigen. Als Mittel zu ihrem politischen Zweck benutze man diese von ihnen gebildeten Vereine mehr oder weniger gegen die freien Gewerkschaften. Die Gegnerische komme auf ihren Tagungen immer zum Ausdruck; wenn sie auch bei Eingaben an die Regierung während der Kriegszeit äußerlich gemeinsame Sache machten, so bleibe der innere Gegensatz bestehen. Als die jüngste Konkurrenz gegen die freien Gewerkschaften sind die sogenannten Werbereine entstanden (die Gelben oder auch Arbeitswillige pflegt man sie zu nennen), die ihre Arbeiterehre an die Unternehmer koppeln, und die sich zu Heloten herabwürdigten. Noch verdammenwerter ist es, wenn ehemalige Verbandsmitglieder sich als Werkzeug für Ausbeuterinteressen gebrauchen lassen, wie man dieses in einem großen Werk bei Merseburg jetzt wahrnimmt. Diesen Sumpfpflanzen in Arbeiterkreisen, die als Lieblinge der Werkleistung gelten wollen und zu allen Handlungen fähig sind, verdienen die tiefste Verachtung von den ihrer Klassenlage bewußten genralorganisierten Arbeitern. Deshalb

müssen auch unsere Verbandsmittelglieder das strikte von sich weisen, wenn Vorarbeiter oder Werkmeister an sie herantreten, um für einen solchen Verein Beiträge zu zahlen. Wenn man auch diesem Wilschmaß von „Arbeitervereinen“ keine Bedeutung beilegt, das hat die Wahl zum Arbeiterausschuß bewiesen, wo die Gelben nur zwei von zehn Vertretern erhielten, so bilden diese doch ein Hemmnis in der gesamten Aktion der Arbeiter. Dieses illusorisch zu machen, sei Aufgabe der beteiligten Organisationen. Der Zimmererverband insbesondere werde die geeigneten Mittel anwenden, um Aufklärung über diese Sorte „Arbeitervereine“ zu schaffen. An den Vortrag schloß sich eine Debatte, die zu der Annahme folgender Resolution führte: „Die am 10. Oktober 1918 tagende Generalversammlung der Zählstelle des Zentralverbandes der Zimmerer für Mecklenburg und Umgegend erklärt, daß für die Zimmerer Deutschlands zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen und beruflichen Interessen nur die Zentralorganisation (Zentralverband der Zimmerer und verwandter Berufsangehörigen, Sitz Hamburg) als die allein wirksamste, erfolgreichste und vorwärtsbringende Gewerkschaft zu betrachten ist. Deshalb ist es Pflicht eines jeden im Beruf tätigen Zimmerers, dem Zentralverband anzugehören oder sich ihm anzuschließen. Die in den letzten Monaten auf dem Leunawerke wahrgenommenen Versuche, unter den Zimmerern den Beitritt zum sogenannten Werkverein zu veranlassen, sind ganz energisch zu bekämpfen, da seither die Werkvereine sich schädlich und in der freien Betätigung der organisierten Arbeiter als hinderliche Gebilde erweisen. Deshalb vertritt die Generalversammlung den Standpunkt, daß jeder Zimmerer, der sich etwa dem Werkverein anschließen läßt, als ein Gegner der Arbeiterinteressen anzusehen und demgemäß zu behandeln ist.“ Dann schritt man zur Wahl von zwei Revisoren. Es wurden die Kameraden Zwirnemann und Gadow bestimmt. Von dem Vorsitzenden wurde bekanntgegeben, daß die Bureauzeit, in der der Geschäftsleiter zur Erledigung mündlicher Angelegenheiten den Kameraden zur Verfügung steht, auf Dienstag, Freitag und Sonnabend bis abends 7 Uhr bestimmt ist. — Bei Postsendungen mögen die Mitglieder den neuen Portotarif beachten, da Straßporto auf zu wenig frankierte Sendungen nicht mehr gezahlt wird und dieselben zurückgehen müssen. Der Geschäftsleiter verwies auf die jetzt vorliegende Erhebung sämtlicher Zimmerer im hiesigen Bezirk und ermahnte zur weiteren Agitation unter den noch Fernstehenden. Es wurde noch der Wunsch ausgesprochen, die nächste Versammlung in Leuna abzuhalten; es wird aber erwartet, daß diese auch vollzählig besucht wird.

Regensburg. Am 6. Oktober fand unsere Monatsversammlung statt. Der Vorsitzende Kamerameier erstattete Bericht über die bayerische Zimmererkonferenz, die am 15. September hier abgehalten wurde, und hob besonders die Schwierigkeiten hervor, welche die Verbandsleitung zu überwinden hatte, bis eine Einigung zustande kam. Nach dem Kriege würden wir schwere Kämpfe erleben. In der Diskussion wurde allerseits der Verbandsleitung der Dank für ihre Mühe ausgesprochen und der Wunsch geäußert, daß aus der Feuerungszulage ein tariflicher Lohn entstehen möge. Der Vorsitzende äußerte den Wunsch, daß es den Delegierten trotz der knappen Lebensmittel in den Mauern Regensburgs gefallen haben möge und schloß nach Erledigung einiger Zählstellenangelegenheiten die gut besuchte Versammlung.

Stargard i. P. Am 5. Oktober fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Bericht von der Gaukonferenz am 22. September in Stettin. Der Delegierte habe nicht anders handeln können, als den Vereinbarungen zuzustimmen. Wenn auch das Gebotene einen Ausgleich gegenüber der unerhörten Feuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel nicht annähernd bringe, so sei bei den jetzigen Zuständen ein Ablehnen des Gebotenen nicht ratsam gewesen. Die Anwesenden äußerten ihren Unwillen über das Gebotene. Gegenüber der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittel sei es nicht annähernd das, was sie gehofft hätten. Das Gebotene sei durchaus nicht als ein Ausgleich anzusehen. Wenn man sich mit dem Gebotenen auch zufrieden geben müsse, so hoffe man doch, wenn die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel bis zum April nicht sinken, daß dann eine Steigerung unseres Lohnes bei den nächsten Verhandlungen erfolgen müsse, die der ungeheuren Feuerung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel gegenüber entspreche. Die neuankommenden Kranken- und Sterbefälle begrüßten die Kameraden mit Freuden und sind der Ansicht, daß eine Regelung unseres Unterstützungswezens notwendig ist. Hiermit Schluß der Versammlung.

Sterbefälle.

Chemnitz. Das Mitglied Hermann Gläser ist am 15. September tödlich verunglückt.

Dortmund. Am 12. Oktober starb Herm. Landwehr an Lungenentzündung.

Leipzig. Das Mitglied Franz Voigtberger ist im dritten Quartal gestorben.

München. Am 3. Juni starb der Kamerad Franz Selterer im Alter von 31 Jahren, am 4. Juli der Kamerad Ludwig Schott im Alter von 45 Jahren, am 1. August der Kamerad Kaver Ginhart im Alter von 20 Jahren, am 2. August der Kamerad Johann Hahn im Alter von 54 Jahren und am 20. September der Kamerad Eduard Birger im Alter von 50 Jahren.

Saugewerbliches.

Offene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 17. Oktober entnehmen wir, daß durch die Arbeitsnachweise folgender Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 4, Angerburg 5, Gerdauen 10, Insterburg 8, Königsberg 20, Rast 25, Osterode 1; Westpreußen: Danzig 6, Elbing 20, Schwiebo 10; Pommern: Labes 1, Stettin 26, Stolp 3; Brandenburg: Berlin 15, Cüstrin 2, Frankfurt 2, Landsberg 2, Lübben 18; Provinz Sachsen: Dessau 20, Erfurt 13, Halle 50, Merseburg 30, Mühlhausen 4, Sömmerda 5, Stendal 4, Suhl 20; Königreich Sachsen: Borna 20, Chemnitz 4,

Dresden 129, Rößchenbroda 3, Leipzig 53, Plauen 12, Zittau 130; Thüringen: Gera 5, Gotha 5, Jena 50, Meiningen 50, Neustadt a. d. Orla 4, Schmöln 10, Sondershausen 2, Weimar 6, Zeulenroda 5; Hannover, Oldenburg, Braunschweig: Emden 10, Norden 1, Osnabrück 1, Hameln 5, Hannover 13, Lingen 19, Celle 2, Lüneburg 4, Hildesheim 10, Göttingen 3, Braunschweig 3, Oldenburg 4, Nürtingen 15, Bielefeld 1, Bremerhaven 39, Bremen 9, Verden 5; Schleswig-Holstein: Altona 3, Bad Oldesloe 10, Flensburg 10, Kiel 45, Lübeck 24, Segeberg 10, Hamburg 2; Hessen-Nassau, Hessen: Bensheim 5, Frankfurt 10, Gießen 3, Höchst 3, Korbach 25, Mainz 5, Offenbach 6; Westfalen: Bielefeld 10, Dortmund 17, Hagen 24, Hamm 3, Paderborn 5, Siegen 30; Rheinland: Bonn 3, Duisburg 4, Elberfeld 5, Essen 17, Saarbrücken 30; Bayern: Frankfurt 5, München 9, Nürnberg 9, St. Ingbert 20, Zweibrücken 6. Württemberg: Friedrichshafen 44, Heilbronn 10, Ravensburg 12, Stuttgart 25, Ulm 12; Baden: Bruchsal 8, Freiburg 6, Karlsruhe 24, Mannheim 10, Rastatt 30, Singen 6; Elsaß-Lothringen: Colmar 25, Driedenhofen 5, Haguenau 10, Metz 10, Mosheim 50, Mülhausen 5, Rappoltswiller 140, Straßburg 48. Insgesamt werden in 108 Orten 1796 Zimmerer gesucht.

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Der Reichsgesundheitsrat über die Grippe. Mit der Ausbreitung der Grippe und ihrer Bekämpfung hat sich auf Veranlassung des Reichsamts des Innern der Reichsgesundheitsrat in einer am 18. Oktober abgehaltenen Sitzung erneut befaßt. Es hat sich hierbei folgendes ergeben:

Nachdem die Grippe nach ihrem Auftreten im Juni und Juli dieses Jahres wesentlich zurückgegangen war, hat sie im Laufe des Oktobers wieder stark zugenommen. Die Zunahme erstreckt sich auf das ganze Reichsgebiet. Die Krankheit ist diesmal mit schwereren Erscheinungen verbunden als vormals. Besonders bei jüngeren Personen verläuft die Krankheit ziemlich heftig: treten Komplikationen, namentlich Lungenentzündung hinzu, so endet sie nicht selten tödlich. Über auch bei der bekannten Influenzaepidemie des Winters 1889/90 sind ähnliche Fälle nicht selten gezählt worden; es wurde damals die Zahl der Todesfälle auf $\frac{1}{2}$ bis 1 vom Hundert der Erkrankten geschätzt. Das Gerücht, daß es sich bei den neuerdings eingetretenen raschen Todesfällen um Lungenpest handle, ist hinfällig. Bakteriologische Untersuchungen, die in zahlreichen Fällen vorgenommen worden sind, haben mit Sicherheit ergeben, daß jene Annahme unbegründet ist. Uebrigens ist das gehäufte Auftreten der Grippe nicht nur in Deutschland wahrzunehmen, sondern wird aus fast allen europäischen Staaten, ja selbst aus Süd-Afrika berichtet.

Da die Krankheit äußerst leicht übertragbar ist, sich rasch entwickelt und der Krankheitskeimer zurzeit weit verbreitet ist, stoßen vorbeugende Maßnahmen allgemeiner Art auf erhebliche Schwierigkeiten. Die von der Öffentlichkeit dringend geforderte Schließung der Schulen rechtfertigt sich zweifellos da, wo unter Schülern und Lehrern die Krankheit herrscht oder wo nach Lage der Verhältnisse durch die Schüler eine Einschleppung der Krankheit aus der Familie in die Schule zu befürchten ist. Nur nach Prüfung der örtlichen Bedingungen wird jedoch von Fall zu Fall sich entscheiden lassen, ob es angebracht ist, die Schule zu schließen. Ohne hinreichenden Grund sollte diese Maßregel, die ohnedies die Kinder, welche sich dann meist spielend auf der Straße herumtreiben, keineswegs gegen Ansteckungen sichert, jedenfalls nicht getroffen werden; denn in den Großstädten genießen diejenigen Kinder, welche die Schule besuchen, vielfach den Vorteil, daß sie daselbst Frühstück und Mittagessen erhalten. Auch ermöglicht die Kleinkinderschule den Müttern, tagsüber dem Arbeitsverdienst nachzugehen. Aus Familien, bei denen die Grippe herrscht, sollten Kinder nicht in die Schule geschickt werden.

Der einzelne Mensch wird sich, da der Krankheitsstoff vermuthlich durch den Mund oder die Nase Eingang in den Körper findet, zweckmäßig dadurch gegen die Krankheit zu schützen suchen, daß er sorgfältig auf Reinlichkeit bedacht ist, insbesondere vor dem Essen sowie vor der Zubereitung der Speisen sich regelmäßig die Hände wäscht. Nach dem Ratsschlag von erfahrenen Ärzten empfiehlt es sich ferner, täglich mehrmals zu gurgeln, zum Beispiel mit warmem Wasser, dem etwas Kochsalz zugesetzt ist (eine Messer- oder Teelöffelspitze auf ein Glas Wasser).

Bei älteren Leuten, bei Herzschwachen und bei Lungenleidenden nimmt die Krankheit erfahrungsgemäß nicht selten einen schweren Verlauf. Sie sollten deshalb, wie übrigens auch jedermann, dem seine Lebensweise und sein Beruf es gestattet, den Massenverkehr meiden, sich von Gelegenheiten fernhalten, wo sie mit vielen Menschen in nahe körperliche Berührung kommen oder von andern angehaucht werden können.

Tritt, trotz aller Vorsicht, eine Erkrankung ein, so soll man nicht die Krankheit hinführen, indem man der gewohnten Beschäftigung weiter nachgeht. Man beuge sich vielmehr schon bei den ersten Zeichen des Unwohlseins (Frostempfinden, Fieber, Kopfweh, Schnupfen, Husten, Abgeschlagenheit oder Gliedererschmerz) alsbald ins Bett. Dies ist vor allem zur Schonung des Herzens notwendig. Machen die Erscheinungen es erwünscht, ärztliche Hilfe zuzuziehen, so verweigere man dies nicht auf den Abend oder bis in die Nacht, weil die Ärzte gegenwärtig mit Berufsgeschäften überlastet sind und weil die Verkehrsmittel besonders nachts verfallen. Die Behandlungsweise muß sich nach der Weisung des zugezogenen Arztes richten.

Die neuerdings aufgetauchten Nachrichten über günstige Erfolge, die mit einem Heißerum bei Grippe gemacht worden sind, müssen mit Vorsicht aufgenommen werden. Weder genauere Angaben noch Erfahrungen liegen hierüber vor, so daß ein sicheres Urteil noch nicht abgegeben werden kann. Auch steht das Serum noch nicht in größerer Menge zur Verfügung; es lassen sich daher Versuche damit noch nicht anstellen. Mitteilungen von Ärzten aus den allerletzten Tagen lassen übrigens die Annahme zu, als ob die Grippe ihren Höhepunkt überschritten hat.

Lassalle und die Gewerkschaftsbewegung.

In dem sozialistischen Programm Lassalles werden die Gewerkschaften als Machtfaktoren zwar nicht gewertet; in den programmatischen Ideen Lassalles wird überhaupt niemals der Ruf nach starken gewerkschaftlichen Organisationen laut. Nichtsdestoweniger geht man fehl, wenn man daraus den Schluß zieht, im Gegensatz zu Marx und Engels sei Lassalle ein ausgesprochener Gegner der Gewerkschaftsbewegung gewesen. Tatsächlich schloß sich Lassalle in der Beurteilung der Gewerkschaften, wenn man so sagen darf, Marx' und Engels' Auffassung, wie sie bis dahin bekannt geworden war, eng an. Nicht aus der Geschichte der Lohnkämpfe der englischen Gewerkschaften zog Lassalle den Schluß, daß der Versuch der Arbeiter, durch Koalitionen ihre Lage zu verbessern, ein hoffnungsloses Schwimmen wider den Strom sei, sondern aus den bis dahin erschienenen Schriften von Engels und Marx, wonach die Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterverbindungen in England „eine lange Reihe von Niederlagen der Arbeiter, unterbrochen von wenigen einzelnen Siegen“, war. Das „eherne und grausame“ Lohngeßel, womit Lassalle sich und seinen Anhängern die gewerkschaftliche Organisation „theoretisch verbarrikadiert“ haben soll, war ja in seinen vermeintlichen Wirkungen nicht einmal so ehern und grausam wie die Verelendungstheorie im kommunistischen Manifest; es entspricht vielmehr der Auffassung, die Marx in „Lohnarbeit und Kapital“ umschrieben hat, wonach es sich unter der kapitalistischen Produktionsweise nicht um eine absolute, sondern um eine relative Verelendung der Lage der Arbeiter handelt. Wenn sich Marx gelegentlich über die Gewerkschaftsbewegung günstiger geäußert hat als Lassalle, so ist das erst nach Lassalles Tode geschehen, nicht zu seinen Lebzeiten.

Lassalles Verdienste um die Arbeiterbewegung liegen übrigens weniger auf theoretischem, als vielmehr auf politisch-propagandistischem Gebiet. In seiner sozialistischen Agitation, die nur einundneunzig Jahre gedauert hat, vom März 1863 bis August 1864, kam es ihm darauf an, die Arbeiter für die politische Aktion aufzurütteln; sie zugleich von der Vormundhaft der bürgerlichen Parteien zu emanzipieren und doch für die Erfämpfung der demokratischen Forderungen zu erwärmen. Daß er damit auch Vorarbeit für die Gewerkschaftsbewegung — in dem damaligen Deutschland vielleicht die allerwichtigste Vorarbeit — geleistet hat, kann kaum einem Zweifel unterliegen. Er selbst dürfte mindestens eine Ahnung davon mit ins Grab genommen haben. Denn in seiner letzten Rede, die er zum Stiftungsfest des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins am 22. Mai 1864 in Ronsdorf gehalten hat, führte er aus:

„In Berlin besteht ein Verein von Buchdruckergehilfen, welcher zwischen 600 und 800 Mitglieder zählt. Dieser Buchdruckerverein hat neulich den Beschluß gefaßt, eine Petition an das Staatsministerium zu richten, und in diesem Beschluß Erwägungsgründe ausgesprochen, welche vollständig die Wahrheit unserer ökonomischen Prinzipien anerkennen, gerade jener Prinzipien, die von uns aufgestellt, nachgewiesen und vom Herrn Schulze und den Defonomen seiner Sorte so hartnäckig geleugnet worden sind; Erwägungsgründe, welche, wie Ihr sofort sehen werdet, fast wörtlich herausgeschnitten sind aus meinem Euch bekannten Buche: „Bastiat-Schulze“. Diese Erwägungsgründe lauten:

„In Erwägung:

1. daß erfahrungsgemäß der Arbeitslohn mit den steigenden Preisen der Lebensbedürfnisse nicht Schritt hält;
2. daß das wirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage den Arbeiter der Ware gleichstellt und ihm in seinen Konsequenzen unter Umständen nicht einmal das zur notdürftigsten Lebensfristung erforderliche Minimum von Lohn sichert.“

Ihr seht also, jenes ökonomische Gesetz, welches ich Euch zur großen Mut der Fortschrittler in meinem „Bastiat-Schulze“ wie in meinem „Arbeiterlesebuch“ überall als das Hauptfundament unserer ökonomischen Theorie entwickelt habe, daß nämlich unter entwürdigender Herrschaft von Angebot und Nachfrage der Arbeiter entmenscht und ökonomisch der Ware gleichgestellt wird — dieses Gesetz wird hier von den Buchdruckern ausdrücklich bestätigt und anerkannt!

Ihr könnt Euch die Freude der Fortschrittler denken, als sie plötzlich sahen, wie schon in dem bloßen Buchdruckerwerk von 600 bis 800 Arbeitern Berlins — denn fast einstimmig wurde dieser Beschluß in dem Buchdruckergehilfenverein gefaßt — die Wahrheit unserer von der Fortschrittspartei mit solcher Erbitterung geleugneten Lehren anerkannt wurde!

Die Petition selbst läuft darauf hinaus, den Arbeitern das Koalitionsrecht zu erteilen, das heißt das Recht, sich durch gemeinschaftliche Verabredung über eine gemeinschaftliche Niederlegung der Arbeit zu vereinigen, um hierdurch höhere Lohnsätze zu erlangen. Ich meinerseits habe Euch niemals verhehlt und dies auch im „Bastiat-Schulze“ in aller Kürze ausgeführt, daß dies Recht nur in wenigen und flüchtig vorübergehenden Ausnahmefällen gewissen Arbeitstreffen eine Erleichterung bringen, niemals aber eine wirkliche Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes herbeiführen kann. Aber trotzdem ist diese Forderung einmal eine juristisch ganz berechtigte und zweitens eine ganz vortreffliche im Sinne der Agitation, weshalb ich es auch für meine Pflicht hielt und halte, dieselbe mit allem mir in den Arbeitertreffen zu Gebote stehenden Einfluß zu unterstützen.

Raum war aber diese Petition veröffentlicht, als ein Berliner Blatt, der „Publizist“, welcher stets ein Anhänger der ökonomischen Lehren des Herrn Schulze war, in einem Artikel darüber herfiel, aus welchem ich Euch einen Satz zur Charakterisierung dieser Leute mitteilen muß: „Die Freiheit der Assoziation ist im Prinzip ganz gut (im Prinzip, das heißt bloß im Prinzip, das heißt bloß auf dem grauen Zeitungspapier), wenn sie aber lediglich dazu ausgebeutet werden soll, um die Löhne zu schrauben (das heißt wenn sie irgendeinen praktischen Nutzen für den Arbeiter haben soll), während der Arbeitgeber dem Konsumenten das Produkt nicht verteuern darf, und zwar der Konkurrenz wegen, dann muß man doch am Ende sagen, daß jedes Ding seine Grenze haben muß, also auch die Assoziation.“ (Großes schallendes, wiederholtes Gelächter.)

Da der „Publizist“ den Buchdruckergehilfen auch noch „Massen-Phrasen“ vorwarf, so verließ diesmal die Berliner Arbeiter die Geduld. Der Buchdruckerverein beschloß nun

einstimmig eine Broschüre zu schreiben, in 3000 Exemplaren drucken zu lassen und unentgeltlich unter die Arbeiter zu verteilen. Es ist mir eine größere Anzahl von diesen Broschüren zur Verteilung an die Gemeinden unseres Vereins ausgehändigt worden, und ich werde sie Euren Bevollmächtigten nachher übergeben, damit sie hier, wie überall, in der nächsten ordentlichen Vereinsitzung verlesen und dann in den Buchdruckerverein jeder betreffenden Stadt verbreitet werde.

Diese Broschüre, meine Freunde, ist, wie Ihr finden werdet, ganz ausgezeichnet geschrieben. Nicht, daß sie von mir herrührt oder von irgendeinem andern Schriftsteller; sie rührt von einem einfachen Arbeiter her; aber sie ist so geschrieben, daß sich kein Schriftsteller ihrer zu schämen hätte. Aber freilich, sie ist von einem Arbeiter geschrieben, der Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zu Berlin ist. (Lebhaftes Bravo!) Denn das ist ein fort und fort in allen Städten wiederkehrender Titel des gerechten Stolzes für uns, daß überall die intelligentesten Arbeiter unter unserer Fahne stehen. Die Blüte des Arbeiterstandes ist überall mit uns und in unserm Lager! (Mauschendes Bravo!)

Um Euch den Geist dieser Schrift zu bezeichnen, will ich Euch nur zwei Stellen daraus vorlesen, den ersten und den letzten Satz derselben. Der erste Satz lautet: „Wenn es schon eine traurige Tatsache ist, daß unter den Organen der öffentlichen Meinung gerade diejenigen, auf deren Unterstützung die Arbeiter am meisten zu rechnen den Anspruch haben, sich der Interessen derselben am wenigsten annehmen und alle Klagen von unserer Seite todschweigen, so ist es geradezu empörend, daß Zeitungen sich finden, die offen Partei gegen die Sache der Arbeiter nehmen.“

Und der letzte Satz lautet:

„Arbeiter, tut die Augen auf und wißt, daß Ihr unter allen Berliner Blättern keines habt, welches Eure Sache so wie es sein sollte, vertritt — keines.“

Ihr seht also, Arbeiter, daß jetzt auch die Berliner Arbeiter, und zwar 600 bis 800 Arbeiter bloß aus dem Buchdruckerberuf, in den Kriegsruf gegen die liberale Presse einstimmen, den ich, damals fast noch ein einzelner Mann, heute vor einem Jahre in Leipzig für Euch erhoben habe! (Großer Beifall.)

Das selbe Anschuldigen unserer Agitation, das selbe Wachsen unserer Erfolge will ich Euch noch durch einen andern eblatanten Vorfall belegen, der neulich in Hamburg eingetreten ist: die Arbeitseinstellung in der Lauensteinischen Wagenfabrik. In dieser Fabrik wird nämlich von früh fünf Uhr an gearbeitet, und die Arbeiter behaupten sogar, daß dies die einzige Fabrik dieses Meisters in ganz Deutschland sei, in welcher die Arbeit so früh beginne. Sie stellten nun die höchst bescheidene Forderung, die Arbeit erst um sechs Uhr beginnen zu lassen. Sie erwählten zu diesem Zweck eine Kommission und die Kommission einen Sprecher und der Sprecher war natürlich wiederum ein — Hamburger Mitglied des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. (Stürmisches, wiederholtes Bravo!) Statt aller Antwort entließ der Fabrikhaber aber diesen Sprecher. Da aber war die Geduld der Arbeiter zu Ende! Tags darauf legten sie nach kurzer Beratung alle achtundvierzig die Arbeit nieder. So weit hat also bereits die Agitation unseres großen Vereins das Klassenbewußtsein des Arbeiters entwickelt, das Gefühl Eures Standes gehoben! Ein Fall von dieser Ausdehnung ist mir nicht bekannt in ganz Deutschland; er war früher unmöglich! Er konnte nur eintreten seit der Existenz des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und in einer Stadt, in welcher, dank unserer wackeren und zahlreichen Hamburger Gemeinde, die Prinzipien des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins die tonangebende Macht bilden! Jene Fabrik feiert also, und der Herr, seinerseits entschlossen, nicht nachzugeben, will sich nun nach Berlin, Leipzig und andern Orten wenden, um Arbeiter kommen zu lassen. Sofort wendeten sich die Hamburger Arbeiter an mich, damit ich mit allen mir zur Gebote stehenden Mitteln des Einflusses die Arbeiter anderer Städte abhalten möchte, die Werbung jener Fabrik anzunehmen. Und Ihr begreift in der Tat, wie ehelos jeder Arbeiter handeln würde, der unter solchen Umständen dorthin ginge und sich als Werkzeug gegen die Interessen seiner eigenen Klasse verwenden ließe. Ich habe daher den Brief des Hamburger Arbeiters sofort in einem Berliner Blatte — Ihr begreift, in einem reaktionären Blatte; denn die Fortschrittler sind natürlich ewig verschlossen für jeden Notbehelf und jedes Interesse der Arbeiter. (Großer, sich stets erneuernder stürmischer Zuruf.) Ich habe ihn also in dem neuen allgemeinen „Volksblatt“ zu Berlin veröffentlicht. (Nachdem der Brief verlesen war, fuhr Daffalle fort): So stand die Sache, als ich meine gegenwärtige Reise unternahm. Aber schon in Köln erzielte mich die Nachricht, daß der Hamburger Fabrikbesitzer sich genötigt gesehen habe, nachzugeben, und die Arbeitszeit jetzt dort um sechs Uhr, ganz wie es die Arbeiter verlangt haben, beginnen. Seht hier den Erfolg des unter den Arbeitern durch die Agitation unseres Vereins angefaßten Massenbewußtseins! (Lebhaftes wiederholtes Ausrufen.)

So Daffalle selbst vor nunmehr 54 Jahren! Wenn man in Anbetracht dieses Selbstbewußtseins und in Anbetracht der damaligen Situation, in welcher sich die Arbeiterfrage in Deutschland befand, neuerdings, gelegentlich des fünfzigjährigen Bestehens der modernen deutschen Gewerkschaftsbewegung, Darstellungen in Zeitschriften für Arbeiter liest, wie: „Daffalle war kein Freund der Gewerkschaften, er hat unverbüßelt ausgesprochen, daß er sie für quodlibet hielt“, „Daffalle sprach wegwerfend von den Arbeitseinstellungen“, usw., dann regen sich unwillkürlich Zweifel, ob solche Darstellungen verunglückte Versuche, geschichtliche Aufklärung unter den Arbeitern zu fördern, oder schlimmeres sind. Die Arbeiterbewegung hat doch an solchen Geschichtsklitterungen wahrhaftig kein Interesse.

Briefkasten der Redaktion.

Die Kriegstoterbettel in der vorliegenden Nummer konnte nicht alle Namen der uns als gefallen oder gestorben gemeldeten Kameraden fassen; eine größere Anzahl mußte bis zur nächsten Veröffentlichung zurückgestellt werden. Wir teilen das hier mit, um Anfragen zu vermeiden.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden aus folgenden Zahlstellen:

Aachen: Franz Heibüchel, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen. — **Ansbach:** Hans Eichermann, Pionier, gefallen. — **Bad Hargburg:** Fritz Schweimler, Unteroffizier, in rumänischer Gefangenschaft gestorben; **Otto Brenscheidt**, Unteroffizier, am 1. Oktober 1918 im Feldlazarett gestorben. — **Barth:** Wilhelm Martens, 28 Jahre alt, verheiratet, diente in einer Garde-Minenwerfer-Abteilung, am 1. April 1918 gefallen; **Alfred Rohde**, 22 Jahre alt, ledig, Infanterist, am 19. Juli 1918 gefallen. — **Berlin:** Paul Wehert, 30 Jahre alt, ledig, Pionier im Pionier-Bataillon Nr. 3, gefallen am 21. April 1918; **Gustav Berndt**, 38 Jahre alt, verheiratet, Sergeant im Pionier-Bataillon Nr. 17, Inhaber des Eisernen Kreuzes, am 19. April 1918 an einer schweren Verwundung im Feldlazarett gestorben; **Friedrich Krumbach**, 30 Jahre alt, verheiratet, diente bei der 1. Kompanie des Füsilier-Regiments Nr. 33, gefallen am 11. Mai 1918; **Alfred Philipp**, 39 Jahre alt, verheiratet, Obergefreiter in der 2. Batterie, Fuß-Artillerie-Bataillon Nr. 119, gefallen am 27. Mai 1918; **Moritz Hübiger**, 30 Jahre alt, verheiratet, am 8. Juli 1918 im Lazarett gestorben; **Walter Klose**, 24 Jahre alt, ledig, Musikant der 9. Kompanie des 48. Infanterie-Regiments, gefallen am 15. Juli 1918; **Paul Dunkel**, 42 Jahre alt, verheiratet, gefallen am 1. Juni 1918; **Erich Krause**, 27 Jahre alt, ledig, Gefreiter, Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Schaumburg-Sippechen Verdienstkreuzes, gefallen durch Gemeinshaft der Kolonialtruppen beim Abtransport in die Gefangenschaft am 20. August 1917; **Friedrich Schnauka**, 48 Jahre alt, ledig, Pionier-Unteroffizier, gefallen am 18. Juli 1918. — **Braunschweig:** Theodor Westphaling, verheiratet, Unteroffizier im Reserve-Infanterie-Regiment Nr. 3, am 23. Juli 1918 gefallen. — **Cassel:** Georg Dietrich Homburg und Christian Walbeck aus Calden, Heinrich Pilgramm Heinrich Popenjäger, Heinrich Ohlwein und Johann Rausch aus Bielefeld, Egidius Freudenstein, sämtlich gefallen. — **Celle:** Karl Schmidt, 42 Jahre alt, verheiratet, am 18. Juli 1918 gefallen. — **Chemnitz:** Guido Walter aus Geyer, Ende Juni 1918 gefallen; **Richard Feldmann** aus Oberlichtenau, Offizier-Stellvertreter, im Juli 1918 gefallen; **Emil Hohlheid**, am 20. Juli 1918 gefallen; **Bernhard Jentsch** aus Harthau, am 3. September 1918 an Lungenerkrankung im Lazarett gestorben. — **Cöln:** Johann Lehmann, am 23. Mai 1918 gefallen; **Albert Meyer**, Sergeant im Pionier-Regiment Nr. 25, am 17. Juli 1918 durch Kopfschuß gefallen; **H. Gläfer**, Unteroffizier, am 21. März 1918 gefallen. — **Cramm:** Robert Klose, 38 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 336, am 9. Juni 1918 gefallen. — **Crefeld:** Max Wellings, 32 Jahre alt, am 19. August 1918 gefallen. — **Delmenhorst:** Heinrich Brunotte, 29 Jahre alt, ledig, Inhaber des Eisernen Kreuzes, am 31. August 1918 gefallen; **Heinrich Meyer**, 33 Jahre alt, verheiratet, Inhaber des Eisernen Kreuzes, am 28. August 1918 gefallen. — **Dortmund:** Heinrich Schmitt, 27 Jahre alt, ledig, im August 1918 gefallen; **Wenzel Müller**, 38 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier, im September 1918 gefallen; **Albert Stremel**, 45 Jahre alt, verheiratet, Sanitäts-Sergeant, am 5. Oktober 1918 an Lungenerkrankung im Feldlazarett gestorben. — **Dresden:** Reinhard Obert aus Dorfhain, 24 Jahre alt, gefallen am 16. April 1918; **Georg Kirckstein** aus Dresden-Löbtau, 27 Jahre alt, gefallen am 15. Juli 1918; **Max Köhler** aus Dresden-Trachenberge, 45 Jahre alt, gestorben am 15. Juli 1918; **Fritz Kouschack** aus Dresden-Trachenberge, 29 Jahre alt, gefallen am 16. Juli 1918; **Bruno Lehmann** aus Meissen, 28 Jahre alt, gefallen am 15. Juli 1918; **Hermann Lesche** aus Klobitz, 37 Jahre alt, gestorben an Lungentuberkulose; **Alfred Mende** aus Dresden-Löbtau, 21 Jahre alt, gefallen am 25. Juli 1918; **Hermann Brenker** aus Groß-Luga, 40 Jahre alt, gefallen am 4. April 1918; **Gustav Richter** aus Neugraupa, 41 Jahre alt, gefallen am 18. Juli 1918; **Oskar Hille** aus Wintergatzdorf, 36 Jahre alt, gefallen am 12. Juni 1918; **Johannes Schickold** aus Hofsternitz, 36 Jahre alt, gefallen; **Oskar Voigt** aus Reichstädt, 33 Jahre alt, gefallen am 6. März 1918. **Düsseldorf:** Adam Gott aus Daumbach, 33 Jahre alt, verheiratet, bis zu seiner Einberufung Bezirkskassierer in Lengenfeld, am 8. Juli 1918 gefallen. — **Eberswalde:** Otto Strund, 37 Jahre alt, verheiratet, Eisenbahn-Pionier, am 4. September 1918 einer schweren Krankheit, die er sich im Felde zugezogen, erlegen. — **Eisenach:** Ernst Reinhardt aus Langsa, 33 Jahre alt, verheiratet, gefallen. — **Eisenberg:** Kurt Schüge aus Lautenham, 25 Jahre alt, Hornist im Infanterie-Regiment Nr. 153, im Juli 1918 gefallen. — **Elvershausen:** Karl Lüdtke, 28 Jahre alt, verheiratet, Landsturmann, am 3. Juli 1918 im Kriegslazarett gestorben. — **Frankenberg i. S.:** Emil Trinks, Unteroffizier im Landwehr-Infanterie-Regiment Nr. 103, gefallen. — **Frankfurt a. M.:** Fritz Ruth aus Hanau, 35 Jahre alt, am 6. Juli 1918 gefallen; **Wilhelm Janussekewitz** aus Schwabach, 30 Jahre alt, am 8. Juni 1918 gefallen; **Heinrich Reining** aus Schlierbach, 25 Jahre alt, am 25. April 1917 gefallen; **Fritz Baumann** aus Erbstadt, 30 Jahre alt, infolge Verwundung gestorben; **Heinrich Denker** aus Gröhsen, 34 Jahre alt, schwer verwundet und am 21. Juli 1918 gestorben; **Anton Breech** aus Kleinschwalbach, 27 Jahre alt, gefallen. — **Gladbach:** Max Rihert, ledig, Sergeant in der Reserve-Pionier-Kompanie Nr. 46, Inhaber des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse, am 21. Juli 1918 schwer verwundet, am 22. Juli gestorben. — **Goldberg i. M.:** R. Köster, Infanterist,

am 18. August 1918 gefallen. — **Grevesmühlenn:** Ernst Grevesmühl aus Mollentin, ledig, Unteroffizier, am 13. Juni 1918 gefallen. — **Halle a. S.:** Wilhelm Gurn, ledig, **Albert Baume**, ledig, **Ernst Naumann**, verheiratet, **Friedrich Tille**, verheiratet und **Karl Müller**, verheiratet, sämtlich gefallen. — **Hamburg:** Hans Siems, 32 Jahre alt, verheiratet, am 18. April 1918 gefallen; **Gustav Lüben**, 28 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier, Inhaber des Eisernen Kreuzes erster und zweiter Klasse, am 6. Juli 1918 seinen schweren Verwundungen erlegen; **Ernst Christophersen**, 37 Jahre alt, verheiratet, **Vizefeldwebel**, am 6. Juli 1918 infolge Verwundung gestorben; **Gustav Kleinsang**, 32 Jahre alt, verheiratet, am 4. Juli 1918 gefallen; **Fritz Thieme**, 33 Jahre alt, verheiratet, am 28. Juli 1918 gefallen; **Peter Effellerup**, 38 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier in einem Pionier-Bataillon, am 3. August 1918 gefallen; **August Mencke**, 28 Jahre alt, verheiratet, am 11. August 1918 im Lazarett in Allenstein gestorben; **Julius Bremer**, 37 Jahre alt, verheiratet, am 19. August 1918 infolge schwerer Verwundung gestorben; **Johann Glühner**, 32 Jahre alt, verheiratet, am 24. August 1918 infolge schwerer Verwundung gestorben; **August Klein**, 38 Jahre alt, verheiratet, am 26. August 1918 gefallen; **Bernhard Danne**, 35 Jahre alt, verheiratet, am 25. Juli infolge schwerer Verwundung im Festungslazarett Mainz gestorben. — **Hannover:** Wilhelm Strüber, 43 Jahre alt, verheiratet, Sergeant im Füsilier-Regiment Nr. 73, am 25. Juli 1918 gefallen; **Heinrich Kahlke**, 45 Jahre alt, verheiratet, Landsturmann, Anfang August 1918 in einem Lazarett in Belgien an der Ruhr gestorben. — **Hannau:** Paul Kiedler, infolge Verwundung gestorben. — **Helmstedt:** Ernst Hebbemeier, 22 Jahre alt, ledig, Inhaber des Eisernen Kreuzes, am 15. Juli 1918 gefallen. — **Hildesheim:** Heinrich Doppermann, langjähriger Schriftführer der Zahlstelle, Wehrmann, am 27. März 1918 nach dreijähriger französischer Gefangenschaft im Hospital zu Dijon gestorben. — **Lehe-Geestemünde:** Wilhelm Thode aus Spaden, am 21. Juli 1918 gefallen. — **Leipzig:** Otto Gehhardt, 22 Jahre alt, ledig, gefallen; **Arthur Greife**, 20 Jahre alt, ledig, gefallen; **Otto Baumann**, 30 Jahre alt, verheiratet, gefallen; **Hilbert Otto**, 38 Jahre alt, verheiratet, gefallen; **Oswald Dieke**, 37 Jahre alt, verheiratet, im Lazarett gestorben; **Richard Mölle**, 31 Jahre alt, verheiratet, im Lazarett gestorben; **Max Seidel**, 43 Jahre alt, auf dem Transport tödlich verunglückt; **Walter Schmidt**, infolge Verwundung im Lazarett gestorben. — **Leisnig:** Karl Wehling, am 8. August 1918 gefallen. — **Lebbau:** Oswald Böring, 32 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier, am 15. August 1918 verwundet und am 16. August gestorben; **Ernst Wülfche**, 20 Jahre alt, ledig, Schüge, am 17. August 1918 gefallen. — **Lebnitz:** August Werth, 42 Jahre alt, verheiratet, diente in einer Munitionskolonie, am 12. Juli 1918 im Lazarett gestorben. — **Lützenburg:** Karl Wiese, 33 Jahre alt, an Lungenerkrankung im Feldlazarett gestorben. — **Merseburg:** Gustav Horn, 20 Jahre alt, Pionier, am 23. Juli 1918 gefallen; **Paul Motter**, 24 Jahre alt, Pionier-Gefreiter, gefallen. — **Miesbach:** Johann Hornbach, 41 Jahre alt, verheiratet, Pionier in einer bayerischen Fernsprechabteilung, am 12. Juli 1918 an Blutvergiftung gestorben. — **Mühlheim a. Rh.:** Karl Vah, 3. Kompanie, 5. Matrosen-Regiment, am 17. April 1918 gefallen. — **Neustettin:** Ernst Löwe, infolge der Kriegsverwundungen am Urlaub erkrankt und im Lazarett gestorben. — **Posen:** Ignaz Krzyszak aus Winiary, 38 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Infanterie-Regiment Nr. 230, am 21. März 1918 gefallen. — **Pößneck:** Albin Ohwald, Unteroffizier, am 18. Juli 1918 gefallen. — **Riesa:** Max Horn, Paul Kohl, Paul Schirmer und Max Dietrich, gefallen. — **Roth a. Sand:** Johann Häselein, Pionier, am 9. Dezember 1918 gefallen. — **Rothenburg a. d. Oberrhein:** Berthold Wischel, Pionier im Pionier-Bataillon Nr. 99, am 9. Juni 1918 gefallen. — **Saarbrücken:** Karl Schmidt aus St. Ingbert, Sergeant in einem Pionier-Regiment, im April 1918 gefallen. — **Schleuditz:** Kurt Stone, Pionier bei einer Minenwerfer-Kompanie, gefallen; **Arno Berg**, Pionier in der 3. Garde-Minenwerfer-Kompanie, am 21. März 1918 gefallen; **Otto Trisch**, Sergeant in einer Minenwerfer-Kompanie, am 15. Juli 1918 gefallen. — **Sembo:** Georg Müller, 27 Jahre alt, diente im Infanterie-Regiment Nr. 69, am 15. August 1918 durch Fliegerbombe getötet. — **Senftenberg:** Paul Hehle aus Peitzsch, 25 Jahre alt, Unteroffizier, gefallen; **Emil Hilow** aus Jütendorf, 29 Jahre alt, Kanonier, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen; **Bernhard Noack** aus Peitzsch, 29 Jahre alt, Schüge im Garde-Reserve-Schützen-Bataillon, am 31. Juli 1918 gefallen; **Paul Schulz** aus Senftenberg, 34 Jahre alt, am 12. August 1918 infolge Unfalls gestorben. — **Sonneberg:** Albin Wofetter, 35 Jahre alt, Wehrmann, gefallen. — **Strehla a. d. Elbe:** Ernst Jähner, langjähriger Kassierer der Zahlstelle, am 7. Juli 1918 infolge Krankheit im Feldlazarett gestorben. — **Waren:** Friedrich Seemann, Sergeant bei den Minenwerfern, Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Mecklenburgischen Verdienstkreuzes erster und zweiter Klasse, am 15. Juli 1918 infolge Verwundung gestorben. — **Weida:** Kurt Beukert, Vorstehender seit Bestehen der Zahlstelle, am 29. Juli 1918 gefallen. — **Wurzen:** Hermann Reinhardt, 42 Jahre alt, verheiratet, diente im Artillerie-Regiment Nr. 40, am 1. Juli 1918 gefallen.

Ehre ihrem Andenken!